



Eingänge – Stadtratssitzung vom 28.06.2007

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Hasim Sönmez, SP): Bahnhofplatz '08: Bern baut im Herzen der Stadt und niemand sieht die Zukunft.....	1
2. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi/Liselotte Lüscher, SP): Umbauphase Bahnhofplatz: Sind diese Probleme der Zufussgehenden und der Velofahrenden nicht lösbar?	2
3. Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB): Überbauungsordnung für eine zukunftsträchtige, nachhaltige Siedlung in der Stadt Bern vorantreiben: Viererfeld Süd.....	3
4. Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Ursula Marti, SP): Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Stadtteil bezogen bündeln.....	4
5. Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen Armut: Pilotprojekt „Sabbatical“	5
6. Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen Armut: Joint Venture für Arbeit!	6
7. Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Alternative Formen in der Kleinkindbetreuung.....	7
8. Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Ruedi Keller, SP): Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen stärken durch proaktive Information	8
9. Postulat Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP): Grundlagenbericht für einen allfälligen Systemwechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat bei der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern	9
10. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP): Aktiv für Kinder: Nahtloser Übertritt von der Kita in die Tagesschule	9
11. Interpellation Reto Nause (CVP)/Philippe Müller, Christian Wasserfallen (FDP): Kosten des Abfallkonzepts.....	10
12. Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP): Velos auf der Baustelle, wer haftet bei Unfällen?.....	11

Es werden zwei Dringliche Interpellationen, eine Motion, sechs Postulate, zwei Interpellationen und eine Kleine Anfrage eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Hasim Sönmez, SP): Bahnhofplatz '08: Bern baut im Herzen der Stadt und niemand sieht die Zukunft

Die Stadt Bern wird momentan von einer riesigen Baustelle mitten im Herzen der Bundeshauptstadt beherrscht. Tausende von Pendlern, Anwohnern und Touristen treffen unweigerlich, wenn möglich sogar mehrmals täglich, auf eine der grössten und zirkulationseinschrän-

kendsten Baustellen die Bern je erlebt hat. Ganz zu schweigen von den in den Sommermonaten noch eintreffenden Touristen.

Die Verantwortlichen von Bahnhofplatz'08 kommunizieren über Flyer, Website, Newsletter, Mediencommuniques und -konferenzen und sogar via Webcam. Warum aber bleibt die Information vor Ort, d.h. auf der Baustelle selbst aus? All die tausenden Passantinnen und Passanten die an der lärmigen und staubenden Grossbaustelle vorbei müssen, werden damit sehr negativ von der Bundeshauptstadt empfangen.

Es wäre längst an der Zeit, diese negativ gestimmten Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Touristen, mit einer schönen, eindrücklichen Visualisierung des Endproduktes der Baustelle vom Positiven des Projektes zu überzeugen. Nach dem lärmigen und staubigen, im Gänsemarsch an der Baustelle Vorbeimarschieren wird sich wohl ein kleiner Teil umgehend online die Baustelle noch einmal vor Augen führen. Jeder bisher aus dem Briefkasten entnommener Flyer verkündete negative, unser Wohlsein beeinträchtigende Botschaften. Dabei könnten wir mit Stolz am Ort des Geschehens den Bahnhofplatz'08 zeigen. Das Ergebnis, das alle freuen wird.

In Anbetracht des neu vorliegenden Angebots der APG für Blachenwerbung am Bauzaun bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum wurde bisher den tausenden von Passanten und Schaulustigen am Ort des Geschehens nicht gezeigt, was da am Entstehen ist?
2. Ist eine solche, grossflächige Kommunikationsplattform, mindestens an den beiden Baustellenenden (Ausgang Obergeschoss Bahnhof und Bubenbergplatz) vorgesehen?
3. Warum lässt der Gemeinderat „fremde“, verkaufte Werbefläche rund um die Baustelle zu, ohne vorerst einmal die beste Werbefläche für den Eigenbedarf zu nutzen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, falls nicht anders möglich, die von der APG angebotene Werbefläche selbst zu mieten, um das Endprodukt „Bahnhofplatz '08“ zu zeigen?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Umbau findet jetzt statt und allfälliger Handlungsbedarf ist deshalb dringend nötig.

Bern, 28. Juni 2007

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Hasim Sönmez, SP), Thomas Göttin, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Beni Hirt, Andreas Zysset, Liselotte Lüscher

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi/Liselotte Lüscher, SP): Umbauphase Bahnhofplatz: Sind diese Probleme der Zufussgehenden und der Velofahrenden nicht lösbar?

Die provisorischen Haltestellen der Busse sind unter den gegebenen Umständen gut placiert und die Pläne von Bernmobil brauchbar. Probleme bieten die fehlenden Sitzgelegenheiten für ältere Leute oder solche die nicht lange stehen können. Das schränkt u.a. diese Leute, die weiterhin den öffentlichen Verkehr benützen wollen, nebst den langen Umsteigewegen, die leider nicht zu vermeiden sind, massiv ein. Beispiele für die mangelnden Sitzgelegenheiten (es gibt dort auch keine Mauervorsprünge oder sonstige Mäuerchen zum Sitzen) sind die Haltestelle Hirschengraben (Bus, 3, 5, 17), Bahnhof 2 (5, 10, 12, 19, 30) sowie die meisten andern provisorischen Haltestellen.

Der provisorisch angebotenen Infrastruktur für Velofahrende wurde von Seiten der Planenden ein grosses Augenmerk geschenkt, so bleibt die wichtige Strecke über den Bahnhofplatz für Velofahrende während der ganzen Umbauphase geöffnet und provisorische Abstellplätze werden wo möglich angeboten. Diese Abstellplätze, insbesondere am Bollwerk, werden an den meisten Stellen ohne Abstellvorrichtungen angeboten, was meistens zu chaotischen Zuständen und umgekippten und dadurch beschädigten Fahrzeugen führt. Auch kostenlose Abstellplätze müssen am Bahnhofplatz nach Möglichkeit gut eingerichtet sein – dies ist mit einer Voraussetzung für eine attraktive Veloförderungspolitik.

Ist der Gemeinderat bereit, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden und zu veranlassen, dass während der Zeit der provisorischen Haltestellen Sitzgelegenheiten aufgestellt werden sowie dass die provisorisch errichteten Abstellplätze für Velos mit Abstellvorrichtungen versehen werden?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Umbau findet jetzt statt und die Forderungen sind deshalb dringend.

Bern, 28. Juni 2007

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi/Liselotte Lüscher, SP), Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Beni Hirt, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Hasim Sönmez, Andreas Zysset, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Christof Berger, Miriam Schwarz, Margrith Beyeler-Graf, Michael Aebersold

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB): Überbauungsordnung für eine zukunftssträchtige, nachhaltige Siedlung in der Stadt Bern vorantreiben: Viererfeld Süd

Am 11. März 2007 hat die Berner Stimmbevölkerung deutlich Ja gesagt zum Verkauf des Oberfelds in Ostermundigen und damit einen Beitrag zu einer neuen Siedlung in Stadtnähe mit teilweise autoarmem Wohnen und energie-technischen Innovationen geleistet. Damit die Stadt Bern aber nicht ins Hintertreffen gerät, soll auch auf Stadtgebiet innovativer Wohnungsbau gefördert werden.

Die von der Stadt Bern zusammen mit Ostermundigen in Auftrag gegebene Marktstudie über das Potential für nachhaltiges Wohnen hat ergeben, dass es in der Region Bern eine klare Nachfrage gibt, in einem energiesparenden, in ökologischer Bauweise erstelltem und autoarmem Wohnumfeld zu wohnen. Von den vier vorgeschlagenen Standorten Viererfeld Süd, Brückenstrasse/Marzili, Mutachstrasse/Holligen und Oberfeld/Ostermundigen hat der Standort Viererfeld besonders gut abgeschnitten. Nachhaltiges Wohnen in der Stadt Bern scheint einer Nachfrage zu entsprechen und soll vorangetrieben werden.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort auf den Vorstoss Martina Dvoracek „Viererfeld Süd: Autofreies Wohnen ermöglichen“ im November 2004 geantwortet hat, ist er bereit, „zu gegebener Zeit eine neue Planungsvorlage für die Schaffung einer autofreien Siedlung mit ca. 75 Wohnungen und mit 0.1 Parkplätzen pro Wohnung auf dem Viererfeld Süd zu prüfen“. Dabei soll die Quartierbevölkerung einbezogen werden.

In der Antwort auf die Motion Aebersold/Furrer/Imboden: „Autofreies Pilotprojekt in der Stadt Bern lancieren“ vom 7. September 2005 listet der Gemeinderat sieben mögliche Standorte auf, die für autoarmes/autofreies Wohnen in Frage kommen könnten. Davon haben nur die Standorte Brünnen und Saali eine rechtskräftige Überbauungsordnung bzw. Grundordnung.

Eine Überbauungsordnung fehlt für die weiteren möglichen Standorte wie Springgarten, Schönberg Ost, Brückenstrasse, Mutachstrasse und Viererfeld Süd.

Da das Viererfeld Süd sich im Besitz des Fonds für Wohnbau- und Bodenpolitik befindet und auch vom Gemeinderat als geeignetes Areal erachtet wird, macht es Sinn, eine Überbauungsordnung vorzulegen.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf

1. dem Stadtrat eine Überbauungsordnung Viererfeld Süd zu unterbreiten, welche autoarmes Wohnen ermöglicht und innovative Energielösungen vorschreibt (Referenz: MinergieP-Standard).
2. den Einbezug des Quartiers und der Quartierkommission in geeigneter Weise zu gewährleisten.
3. zu prüfen, ob der Fonds für Wohnbau- und Bodenpolitik als Eigentümerin ein derartiges Bauvorhaben selber erstellen kann oder den Boden im Baurecht abgeben soll.
4. zusammen mit dem Eigentümer der Parzelle Viererfeld zu prüfen, inwiefern gleichzeitig mit dem Viererfeld Süd auch eine Planungsvorlage für das Viererfeld im Besitz des Kantons realisierbar ist, welche ebenfalls nachhaltigen Kriterien (bezüglich Mobilität und Energie) genügt.

Bern, 28. Juni 2007

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB), Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Cristina Anliker-Mansour, Myriam Duc, Urs Frieden, Franziska Schnyder, Rolf Zbinden

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Ursula Marti, SP): Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Stadtteil bezogen bündeln

Die BSS hat eine Studie über die engere Zusammenarbeit von TOJ, DOK und vbg bei der Hochschule für angewandte Wissenschaften in St. Gallen in Auftrag gegeben. Gleichzeitig sollte auch überlegt werden, ob es nicht Sinn macht, Gemeinwesenarbeit sozialräumlich zu gestalten statt wie bisher entlang von Querschnittsthemen oder Zielgruppen. Innerhalb der Sozialräume (Stadtteile) könnten so die soziokulturellen, politischen, planerischen, administrativen usw. aber auch privaten Aktivitäten und Freiwilligenarbeit gebündelt und optimal auf einander abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit mit allen weiteren in den Quartieren tätigen Institutionen (Kirchen, Schulen, Vereine usw.) muss intensiviert werden.

Dadurch wäre es möglich, die in vielen Stadtteilen bestehenden politischen Mitwirkungsstrukturen (Quartier-Mitwirkung gemäss Art. 87 ff RPR) optimal mit der Gemeinwesenarbeit, sozio-kulturellen Aktivitäten, Freiwilligenarbeit, politische Arbeit usw. zu verbinden. Im besten Fall entstünden daraus wirkliche Stadtteil-Zentren, welche Anlaufstelle, Treffpunkt, Filiale der Stadtverwaltung und Koordinationsstelle würden. Mit der neuen Philosophie wären die Strukturen in den Stadtteilen, in den TrägerInnen-Organisationen sowie in der Stadtverwaltung anzupassen. In einzelnen Pilotprojekten sollen dafür die notwendigen Erfahrungen gesammelt werden.

Diese sind so anzulegen, dass die quantitativen und qualitativen Ziele der heutigen Strukturen und Organisationen erreicht werden können, freiwillige Mitarbeit und gezielt eingesetzte Freiwilligenarbeit im Quartier und Stadtteil weiterhin optimal möglich sind, keine finanziellen Mehrbelastungen entstehen sowie die politische Quartiermitwirkung dadurch bereichert und gestärkt wird. Gleichzeitig soll dadurch für die Quartierbevölkerung ein Mehrwert an Aktivitäten, eine einfachere Orientierung, transparentere Strukturen, möglichst eine Anlaufstelle sowie einfachere administrative Abläufe entstehen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Zusammen mit der Neuorientierung der Gemeinwesenarbeit soll in Pilotprojekten die sozialräumliche Ausrichtung der Arbeit in den Quartieren und Stadtteilen aufgegleist und erprobt werden. Dies soll in einem partizipativen Prozess geschehen, in welchem die Bevölkerung mitwirken kann und auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird.
2. Die Strukturen auf der Seite der Stadt sollen möglichst auf diese neue Stadtteilarbeit abgestimmt werden.
3. Die Pilotprojekte und die partizipativen Prozesse sollen gut unterstützt und ausgewertet werden. Als Endziel sollen Stadtteil-Strukturen angestrebt werden, welche die politischen, Mitwirkungs-, planerischen, sozio-kulturellen, administrativen usw. Aktivitäten und Angebote bündeln und für die Bevölkerung optimal nutzbar machen. Sie sollen allen weiteren Institutionen, Vereinen und Organisationen zur Zusammenarbeit und für Dienstleistungen offen stehen.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Ursula Marti, SP), Thomas Göttin, Christof Berger, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Michael Aebersold, Andreas Zysset

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen Armut: Pilotprojekt „Sabbatical“

Zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit und von steigender Sozialhilfeabhängigkeit, insbesondere für die Reintegration von Langzeiterwerbslosen ins Erwerbsleben, sind neue, kreative und innovative Ansätze gefragt. Die Einsicht liegt nahe, dass es dafür kein Patentrezept gibt. Einzelne Massnahmen können aber als Puzzleteile eines Ganzen zu einer Verbesserung beitragen. Dabei gilt es, auch ungewöhnliche Modelle zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne eines Pilotprojektes zu erproben, um konkrete Erfahrungen auswerten zu können. Schweden beschreitet seit einiger Zeit neue Wege mit dem sog. „Sabbatjahr“. Ein (jedenfalls teilweise) bezahltes „Freijahr“ soll den Arbeitsmarkt durchlässiger machen. Der „Ausstieg auf Zeit“ soll Arbeitskräften eine qualifizierende Weiterbildung, Stellvertretungen bei Mutterschaftsurlaub sowie länger dauernde Krankheitsabsenzen ermöglichen, während sich gleichzeitig Arbeitslose für die Rückkehr ins Berufsleben qualifizieren können. Gravierende Mehrkosten entstehen dadurch nicht: Was man den einen als „Sabbaticalohn“ bezahlt, spart man bei den anderen als Arbeitslosenentschädigung (bzw. Sozialhilfe). Die „StellvertreterInnen“ der „UrlauberInnen“ am Arbeitsplatz können sich während ihrer zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr dauernden Einsätzen für die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen. Weil es den UrlauberInnen erlaubt ist, sich während des Sabbaticals nicht nur weiterzubilden, sondern auch den Start in eine selbständige Erwerbstätigkeit zu prüfen, kann das Sabbatical „Sprungbrett“ für die Selbständigkeit, und für die StellvertreterInnen „Sprungbrett“ für eine dauernde Beschäftigung am „Sabbaticalarbeitsplatz“ werden.

In Schweden verlief der Test in einem Dutzend Probekommunen mit dem oben skizzierten Modell so viel versprechend, dass der Sabbatical-Urlaub seit Anfang dieses Jahres allen ArbeitnehmerInnen offen steht. Auch in Bern könnte sich ein Pilotprojekt innerhalb der städtischen, ev. kantonalen Verwaltung lohnen und wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängerinnen u. U. auch für junge Schul- oder StudienabgängerInnen eine Perspektive bieten. Gleichzeitig könnte die Stadt Bern auf kostengünstige Art und Weise die Motivation ihrer Angestellten verbessern und ihre Attraktivität als Arbeitgeberin erhöhen. Das Angebot muss auf freiwilliger Basis funktionieren und sollte in allen Teilen der Stadtverwal-

tung insbesondere auch im kaufmännischen Bereich genutzt werden. Bei der Abfallentsorgung werden schon in diesem Sinn erfolgreich Langzeitarbeitslose eingesetzt.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Einführung eines mindestens einjährigen Pilotprojekts „Sabbatical“ in Zusammenarbeit der Arbeitslosenkasse/LAM des beco mit der Stadtverwaltung
2. In Zusammenarbeit mit der kantonalen Verwaltung, Ausdehnung des Pilotprojektes auf die Kantonsverwaltung
3. Auswertung der Resultate der Pilotprojekte und nach Möglichkeit Einführung des „Sabbaticals“ als festes Angebot.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Christof Berger, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen Armut: Joint Venture für Arbeit!

Dass immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie seit längerer Zeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, darf nicht einfach hingenommen werden. Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen verschlechtert eine lange Sozialhilfeabhängigkeit die körperliche und psychische Gesundheit der betroffenen Menschen nachgewiesenermassen.

Es braucht ein differenziertes Angebot an Arbeitsintegrationsmassnahmen, um auf die unterschiedlichen Ressourcen und Problemstellungen der arbeitslosen SozialhilfebezügerInnen zu reagieren: Beschäftigung/Tagesstruktur, Abklärung, Arbeitstraining, Coaching, Qualifizierung durch Weiterbildung. Solche Programme stossen allerdings auch an Grenzen, weil der Sprung in die Arbeitswelt zu gross sein kann. Es braucht daher verstärkte Bemühungen, Arbeitsplätze für SozialhilfebezügerInnen in der Wirtschaft zu schaffen. Es müsste für Firmen diversifizierte Möglichkeiten geben, Arbeitsplätze anzubieten und sich damit als „Arbeitgeber mit sozialer Verantwortung“ zu profilieren.

Wünschenswert sind Praktikumsstellen als „Arbeit auf Probe“: Nach einem befristeten Einsatz in einem realistischen Arbeitsumfeld, bei dem nicht der Lohn im Vordergrund steht, können SozialhilfebezügerInnen Erfahrungen sammeln, ein wohlwollendes Arbeitszeugnis mitnehmen und im besten Fall von dort aus eine Stelle im Betrieb antreten, nachdem sich der Arbeitgeber überzeugen konnte, dass jemand gewillt ist, mit entsprechender Unterstützung gute Leistungen zu erbringen.

Es bestehen Möglichkeiten, neue innovative Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Neue Angebote mit hohem PR-Gewinn für die beteiligten Firmen: Beispielsweise ein Päckli-Lieferservice zwischen Innerstadtgeschäften und Parkhäusern schafft gleichzeitig neue Einsatzplätze für SozialhilfebezügerInnen. Eine typische Win-Win-Situation.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Aktionsprogramm für ein „Joint Venture für Arbeit“ in das privatwirtschaftliche Unternehmungen eingebunden sind, mit dem Ziel, eine Palette von Praktikums-, Beschäftigungs- und Arbeitsplätzen für SozialhilfebezügerInnen zu schaffen sowie einen Schritteplan zur Integration von Langzeiterwerbslosen.

2. Jährliche spezielle Honorierung oder Erwähnung von Unternehmen, welche mithilfe innovative Projekte zu tragen und zu finanzieren als „soziale Unternehmen mit Verantwortung für das Gemeinwohl“ o.a.
3. Übernahme von Teillohnfinanzierung für leistungsreduzierte SozialhilfeempfängerInnen mit klarer Befristung, um (Dauer-) Subventionierung von Arbeitsplätzen (Wettbewerbsverzerrung) zu verhindern.
4. Für arbeitsfähige, aber schwer vermittelbare, daher schlecht integrierbare Personen müssten auch Modelle erprobt werden, welche einer unbefristeten Finanzierung bedürfen.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Andreas Krummen, Giovanna Battaglio, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Christof Berger, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Alternative Formen in der Kleinkindbetreuung

In der Stadt besteht grundsätzlich ein vielfältiges und gut ausgebautes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter und im Schulalter. Trotz dieses breiten Angebots an familienergänzender Kinderbetreuung besteht nach wie vor Handlungsbedarf (siehe Bericht des Gemeinderates „Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern, Bestandesaufnahme, Zielsetzungen und Massnahmen“, März 2007). Vor allem für Kleinkinder (Kinder bis zum Alter von drei Jahren) sind die Wartefristen nach wie vor lang, beispielsweise warteten im Frühjahr 2007 ca. 700 Kinder auf einen Platz, rund die Hälfte davon sind Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren.

Die Stadt steht mit ihren Problemen nicht alleine da. Auch in Zürich beispielsweise zeigen sich in der familienergänzenden Kinderbetreuung ähnliche Probleme. Die Stadt Zürich hat nun gehandelt und zwei alternative Formen der Kleinkinder-Betreuung entwickelt: das Tandem-Modell und das Götti-Modell.

Das Tandem-Modell besteht aus einer Kleinstkindergruppe mit Kindern von 0 bis 3 Jahren und einer grösseren Gruppe von 3- bis 5-Jährigen. Im so genannten Götti-Modell werden in einer Kleingruppe Säuglinge bis 18 Monate und in einer zweiten Gruppe Kinder von 19 Monaten bis 5 Jahren betreut. Bei beiden Modellen sind die Subgruppen autonom organisiert, stehen aber in Kontakt zueinander und können manche Aktivitäten gemeinsam durchführen. Ist ein Kind alt genug für den Übertritt in die andere Gruppe, wird dieser Schritt sorgfältig vorbereitet. Wichtig ist bei beiden Modellen, dass die Qualität der Betreuung stimmt. In Modellbetrieben der Stadt Zürich werden diese beiden Modelle seit zwei Jahren praktiziert. Die Erfahrungen sind laut Auskunft der zuständigen Stellen positiv.

Mit diesem System können für Kleinkinder zusätzlich Betreuungsplätze geschaffen, denn aufgrund der geltenden Richtlinien können in einer altersgemischten Gruppe mit 10 Kindern maximal 2 Kinder unter 18 Monaten betreut werden.

Zwar gilt allgemein der Grundsatz der Betreuung in altersgemischten Gruppen, reine Säuglingsgruppen sind in Fachkreisen verpönt. Drei Argumente werden gegen reine Säuglingsgruppen ins Feld geführt: Die Kleinkinder hätten zu wenig Anregungen, für die Betreuerinnen sei die Arbeit sehr anstrengend und der Wechsel der Bezugspersonen im Alter von 18 Monaten sei schlecht für die Kinder. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Umsetzung der neuen Betreuungsmodelle zu evaluieren, damit der alltägliche Umgang mit den Kindern wissen-

schaftlich überprüft wird. Eine solche Evaluation lässt sich problemlos in Zusammenarbeit mit der Universität durchführen.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, die Einführung des Tandem- und des Götti-Modells in den städtischen Kinderkrippen zu prüfen und die Umsetzung zu evaluieren.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Andreas Zysset, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Thomas Göttin, Christof Berger, Ruedi Keller

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Ruedi Keller, SP): Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen stärken durch proaktive Information

Die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Bern hat mit dem Kinderparlament, der Jugendmotion und den Ansprechpersonen in den Stadtteilen sehr gute Instrumente. Die Kinder und Jugendlichen schätzen und nutzen die Möglichkeiten, aktiv einzugreifen und ihre Anliegen und Interessen anzubringen. Indem sie das Recht haben, über ihren Lebensraum, ihre „Welt“, in der sie einen grossen Teil ihrer Zeit verbringen, mitzubestimmen, fühlen sie sich ernst genommen. Es kommt aber vor, dass sie dieses Recht nicht ergreifen können, da sie gar nicht informiert sind über Vorhaben, die in ihrem Lebensraum geschehen und sie betreffen. Etwa, wenn ohne Vorwarnung und Erklärung plötzlich Spielgeräte abgebaut werden, wie kürzlich in der Länggasse geschehen, oder wenn sich Vorhaben verzögern und niemand weiss, wieso und wie lange. Die bestehenden guten Instrumente der Mitwirkung sollten deshalb ergänzt werden mit verstärkter, proaktiver Information der Kinder und Jugendlichen. Denn informiert sein ist die Basis der Mitwirkung.

Diese Informationen können beispielsweise erfolgen durch

- einen regelmässigen Info-Brief über geplante Veränderungen und den aktuellen Stand von Projekten, welche Kinder und Jugendliche betreffen, konkrete Angebote zur Mitwirkung usw.,
- eine regelmässige Veranstaltung (z. B. Workshops mit aktuellem Info-Teil) für Kinder und Jugendliche im Quartier,
- direkte Ansprache der Kinder und Jugendlichen als spezifische Zielgruppen durch die Quartierkommission (gemäss Art. 87 ff RPR) und im Rahmen einer zukünftigen Sozialraumplanung.

Die Informationen können beispielsweise durch die Quartierkommission (gemäss Art. 87 ff RPR) oder die offizielle Ansprechperson für Kinder erfolgen und via Schülerräte kommuniziert und abgegeben werden. Viele weitere Informationsmittel und -kanäle, z. B. Infosäulen (wie im Stadtteil IV) sind denkbar. Voraussetzung dafür ist eine offensive Informationspolitik der einzelnen Verwaltungsstellen gegenüber den Verantwortlichen im Stadtteil. Die Kultur der Mitwirkung und Zusammenarbeit muss aktiv gefördert werden.

Wir bitten den Gemeinderat – z. T. unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen – zu prüfen,

1. mit welchen Mitteln und Massnahmen die proaktive Information der Kinder und Jugendlichen in den Stadtteilen über die sie betreffenden Themen und Lebensräume verstärkt und
2. wie die Kultur der Mitwirkung und der Zusammenarbeit mit den Quartieren in der Stadtverwaltung gefördert werden kann.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Ruedi Keller, SP), Thomas Göttin, Christof Berger, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Beni Hirt, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Michael Aebersold, Andreas Zysset

Postulat Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP): Grundlagenbericht für einen allfälligen Systemwechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat bei der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern

Vor 10 Jahren wurde bereits im Stadtrat eine Pensionskassenreglementsänderung diskutiert. Zu dieser Zeit war in der öffentlichen Verwaltung das Leistungsprimat allgegenwärtig und das Beitragsprimat vor allem in der Privatwirtschaft verbreitet. Heute wird die Diskussion landesweit wieder geführt. Seit 1990 haben eine Reihe öffentlichrechtlicher Pensionskassen den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat (mitunter auch in Mischformen) vollzogen. Aktuell (Stand Frühjahr 2007) haben 14 Kantone das Beitragsprimat eingeführt, in drei weiteren Kantonen ist die Umstellung in Vorbereitung – dies gilt auch für die Publica, die Pensionskasse der Bundesverwaltung.

Die heutige Pensionskasse mit Leistungsprimat gilt für die Versicherten als wenig transparent. Die Führung einer Beitragsprimatkasse ist dagegen relativ einfach und verständlich ausgewiesen.

Zum heutigen Zeitpunkt sind die Vor- und Nachteile eines Primatwechsels in verschiedenen Parlamenten breit diskutiert worden. Eine wichtige Erkenntnis aus diesen Prozessen ist neben einer soliden Grundlagenarbeit die Information und Einbezug der Mitarbeitenden und Sozialpartner. Aus diesem Grund ist einen Grundlagenbericht über einen Primatwechsel zu erstellen und nach Abwägung von Vor- und Nachteilen einen Systemwechsel zu prüfen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, dem Stadtrat einen Bericht zu unterbreiten, in dem aufgezeigt wird:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt zu einem Primatwechsel mit dem Hauptziel der Sicherung der Pensionskasse für die Zukunft?
2. Was spricht gegen einen Wechsel zum Beitragsprimat?
3. Was spricht für einen Wechsel zum Beitragsprimat?
4. Welche Auswirkungen hat ein Primatwechsel auf die bestehenden Mitarbeiterinnen unter anderem bezüglich Sonderregelungen wie vorzeitige Pensionierungen und Teilzeitarbeit?
5. Welche Auswirkungen hat ein Wechsel auf den Deckungsbeitrag (Annuitäten)?
6. Welches sind die Risiken bei einem Beibehalt des heutigen Systems?
7. Welche Grundlagen müssen erfüllt sein um einen Wechsel vorzunehmen?
8. In welchem Zeitpunkt erachtet der Gemeinderat einen Systemwechsel als sinnvoll?

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP), Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Susanne Elsener, Peter Künzler, Ueli Stückelberger, Verena Furrer-Lehmann, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP): Aktiv für Kinder: Nahtloser Übertritt von der Kita in die Tagesschule

Viele Eltern sind auf einen familienexternen Betreuungsplatz für ihre Kinder angewiesen. Obwohl das Angebot laufend vergrössert wurde, kann die Nachfrage bei weitem nicht gedeckt werden: Gegenwärtig sind über 700 Kinder auf der Warteliste. Haben die Eltern nach einer ungewissen Wartefrist die erste Hürde einmal überwunden, d. h. einen Betreuungsplatz in der

Kindertagesstätte oder bei Tageseltern gefunden, ist ihnen dieser Platz in der Regel bis zum Ende der Vorschulzeit sicher. Die Eltern können sich organisieren und neben der Familienarbeit ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Treten die Kinder ein paar Jahre später in die Schule ein, fängt das grosse Zittern um einen Betreuungsplatz jedoch wieder von Neuem an - diesmal in der Tagesschule. Denn einen Platz in der Tagesschule wird den Kindern nicht garantiert, auch wenn sie vorher jahrelang eine Kita besucht haben. Der Entscheid, ob ein Kind neu in die Tagesschule aufgenommen wird, fällt erst zwei Wochen vor Ende des Schuljahres. Die Eltern werden unzumutbar lange im Ungewissen gelassen, ob die Betreuung ihres Kindes auch weiterhin gewährleistet ist. Im Fall einer abschlägigen Antwort bleibt nur kurze Zeit (während der Schulferien), um zu versuchen, eine private (Not-)Lösung auf die Beine zu stellen. Eine denkbar schwierige Situation, die viel Unsicherheit und Stress in die Familien trägt. Die familienergänzende Kinderbetreuung muss als Gesamtsystem betrachtet werden. Die Angebote für die verschiedenen Altersstufen müssen sich nahtlos aneinander reihen und auch nahtlos besucht werden können. Sind die Kinder einmal in dieses Gesamtsystem integriert, darf es nicht sein, dass sie plötzlich aus dem Angebot fallen anlässlich des Wechsels von der Vorschul- zur Schulstufe. Der Übertritt von der Kita in die Tagesschule muss für alle Kinder gesichert sein.

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hält es der Gemeinderat für zumutbar, dass die Eltern erst so kurzfristig erfahren, ob ihr Kind nach Ablauf der Kita-Zeit einen Tagesschulplatz erhält und sie somit auch weiterhin auf die familienergänzende Betreuung abstützen können?
2. Ist der Gemeinderat bereit, die familienergänzende Kinderbetreuung als Gesamtsystem zu behandeln und neu den Übertritt von Kita (oder Tageseltern) in die Tagesschule für alle Kinder, deren Eltern dies wollen, automatisch zu gewährleisten?
3. Ist der Gemeinderat bereit, die dafür nötigen Tagesschulplätze zur Verfügung zu stellen (nötigenfalls neu zu schaffen), ohne dass andere Kinder, die aus sozialer Dringlichkeit einen Platz benötigen, deswegen verzichten müssen?

Bern, 28. Juni 2007

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP), Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Beni Hirt, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Thomas Göttin, Christof Berger, Andreas Zysset

Interpellation Reto Nause (CVP)/Philippe Müller, Christian Wasserfallen (FDP): Kosten des Abfallkonzepts

Anlässlich der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2007 wurde der Gemeinderat aufgefordert, die genauen Kosten für das neue Abfallkonzept der Stadt Bern zu benennen. Man müsse hier spezifischer die Fragestellung kennen, war die Antwort. Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, Kostentransparenz bezüglich Erarbeitung, Implementierung und Umsetzung des neuen Abfallkonzepts herzustellen und stellen konkret folgende Fragen:

1. Wie viel hat das neue Abfallkonzept von A bis Z seit dem Projektstart 2004 gekostet?
Insbesondere interessieren:
2. Welcher Betrag floss an die Logistikfirma PTV Swiss AG seit Projektstart bis heute? Wurde dieser Auftrag je öffentlich ausgeschrieben?
3. Welche Kosten entstanden für den Datentransfer, weil die Abfallsoftware (ERP) nicht mit der städtischen Software (SAP) kompatibel war?
4. Welcher Betrag floss an die Exited Consulting AG seit Projektstart bis heute? Welchen genauen Auftrag hatte diese Firma?

5. In welchem finanziellen Umfang wurden seit Projektstart bis heute von den städtischen Informatikern für das neue Abfallkonzept Leistungen erbracht?
6. Ist es zutreffend, dass die gesamten Informatikinvestitionen bei einer Vollkostenrechnung für das neue Abfallkonzept eine halbe Million Franken oder mehr verschlungen haben.
7. Wie hoch sind die Kosten, welche für die Bearbeitung der Gesuche zur Befreiung von der Containerpflicht angefallen sind.
8. Wie hoch sind die Personalkosten, welche für die Bearbeitung der Selbstdeklarationen der Bruttogeschossflächen und für die Verhandlungen mit Gewerbe, Detailhandel und Privaten für den Abschluss besonderer Vereinbarungen notwendig waren? Ist es zutreffend, dass hier externe Hilfe beigezogen werden musste? Zu welchen Kosten?
9. Welche weiteren Kosten für Zusatzpersonal sind für Erarbeitung, Implementierung und Umsetzung des Abfallkonzepts entstanden? Ist beim Personal eine Anhäufung von Überzeit, welche im Zusammenhang mit dem Abfallkonzept steht feststellbar? Was würde das Auszahlen dieser Überzeitbestände kosten?
10. Wie hoch sind die Personalkosten, welche für regulär angestelltes Personal hinsichtlich Erarbeitung, Implementierung und Umsetzung des Abfallkonzepts entstanden sind?
11. Wie teuer sind die kumulierten Kosten für das Ökoinfomobil, welche seit dessen Einführung angefallen sind?
12. Welches waren die genauen Anschaffungskosten für die 11 neuen Müllwagen, die für die Umsetzung des Konzepts notwendig waren. Wie unterscheiden sich die Unterhaltskosten dieser neuen Fahrzeuge von den bisher im Einsatz stehenden Fahrzeugen? Was ist der kumulierte Effekt seit Einführung des Konzepts bis heute?
13. Ist es zutreffend, dass die Stadt ihr Konzept auch an andere Gemeinden und Städte weiterverkaufen wollte, aber bis heute keine Abnehmer dafür fand?
14. Kann der Gemeinderat das Delta an jährlichen Mehraufwendungen beziffern, welches durch Einführung des neuen Abfallkonzepts entstanden ist und bei einer Weiterführung der bisherigen Lösung nicht angefallen wäre?
15. Hätte ein Kredit für die Einführung des neuen Abfallkonzepts bei einer transparenten Vollkostenrechnung nicht dem Volk und dem Stadtrat vorgelegt werden müssen? Hat der Gemeinderat jederzeit seine Kreditlimiten eingehalten?

Begründung:

In Medienberichten (Weltwoche Nr. 14, 2007) werden die Gesamtkosten des neuen Abfallkonzepts mit 8 Millionen Franken beziffert. Die Erarbeitung, Implementierung und Umsetzung des neuen Abfallkonzepts wäre damit eine sehr teure Lösung und dafür mitverantwortlich, dass die Abfallentsorgung der Stadt Bern durch Gebührenerhöhungen finanziert werden muss.

Bern, 28. Juni 2007

Interpellation Reto Nause (CVP)/Philippe Müller, Christian Wasserfallen (FDP), Daniel Lerch, Edith Leibundgut, Christoph Zimmerli, Dolores Dana, Markus Kiener, Yves Seydoux, Jacqueline Gafner Wasem, Thomas Balmer, Hans Peter Aeberhard, Pascal Rub

Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP): Velos auf der Baustelle, wer haftet bei Unfällen?

Während der Zeit der Grossbaustelle auf dem Bahnhofplatz ist die Verkehrssituation naturgemäss angespannt. Sämtliche Nutzergruppen müssen Kompromisse eingehen und Umwege in Kauf nehmen.

Erfreulicherweise bleibt es den Velofahrenden gestattet, die Notfallspur zu benutzen und den Platz weiterhin wie gewohnt zwischen Bubenbergplatz und Schweizerhof (und vice versa) zu queren. Dies erspart den Umweg über die Länggasse und damit einige lästige Höhenmeter. Da diese Fläche aber gleichzeitig stark von Baumaschinen frequentiert ist, kam es in den letzten Tagen offenbar einige Male zu heiklen Situationen und Beinahe-Zusammenstößen. Entgegen sonst üblichen Baustellenbeschriftungen, sind an den beiden Einfahrten zur Notfallspur keine Schilder mit Warnungen oder Haftungsausschlüssen angebracht.

Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Erachtet der Gemeinderat die getroffenen Vorsichtsmassnahmen als genügend?
2. Wer haftet bei einem allfälligen Unfall zwischen Baustellenverkehr und Velofahrenden?
3. Falls eine Haftung der Stadt nicht ausgeschlossen werden kann, wie sichert sich der Gemeinderat gegen allfällige Haftungsansprüche ab?

Bern, 28. Juni 2007

Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP), Ueli Haudenschild, Markus Kiener, Mario Imhof, Karin Feuz-Ramseyer, Dolores Dana, Thomas Balmer, Jacqueline Gafner Wasem, Christoph Zimmerli, Yves Seydoux